

Antrag V-05
Stadtverband Dinslaken**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zukunft aus Tradition! Das Genossenschaftsmodell als modernes Mittel sozialdemokratischer Gestaltungspolitik und Chance für das Ruhrgebiet

- 1 Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand,
- 2
- 3 1. die Themen der Infrastrukturpolitik und des Investiti-
- 4 onsstaus als Top-Priorität der kommenden zwei Jahre zu
- 5 behandeln,
- 6
- 7 2. bis zu einem Landesparteirat in der ersten Jahres-
- 8 hälfte 2024 ein Konzept zur Bewältigung der anstehen-
- 9 den Infrastrukturaufgaben zu erarbeiten, dazu beglei-
- 10 tend auch Diskussions- und Beteiligungsformate zu or-
- 11 ganisieren,
- 12
- 13 3. dabei den Fokus auf die Möglichkeit der Bildung von
- 14 Infrastrukturgenossenschaften zu legen,
- 15
- 16 4. und das Ruhrgebiet dabei als Modellregion genossen-
- 17 schaftlicher Aufgabenbewältigung für ganz NRW heran-
- 18 zuziehen.

Begründung

21
22 Nordrhein-Westfalen, und speziell das Ruhrgebiet, be-
23 finden sich in einer enorm schwierigen Ausgangslage: Der stetige Investitionsstau der vergangenen Jahr-
24 zehnte führt zeitgleich zum Zerfall durch Verschleiß, zu
25 Flickenteppichen in der Sanierung und zu Stückwerk;
26 gleichzeitig kommt der Ausbau der für die klimaneutra-
27 le Transformation notwendige Infrastruktur nicht voran.

Eingekeilt zwischen Zerfall und Zukunft, so lautet der traurige Befund.

29
30 Die Entwicklung von Smart Cities und Smart Regions,
31 der Herstellung einer echten ÖPNV-Mobilitätsgarantie,
32 der Bau von Radschnellwegen, eine ganzheitlich ge-
33 dachte Wasserstoffstrategie, die Verlagerung von Gü-
34 terverkehr auf die Schiene und aufs Wasser, der kraft-
35 volle Ausbau der Erneuerbaren Energien...diese Liste lie-
36 ße sich noch fortführen, dabei ist die Umsetzung jedes
37 einzelnen Punktes ein großer Kraftakt. Und das, wäh-
38 rend parallel der Bestand irgendwie erhalten muss, die
39 Fachkräftelücke in der Planung, beim Bau und im Hand-
40 werk aber immens ist und wohl weiter wachsen wird.
41 Groß angekündigte Investitionspakete und Fördertöpfe
42 des Bundes können nicht abgerufen werden, weil im Öff-
43 fentlichen Dienst das Personal für Planung, Förderma-

47 nagement und Umsetzung fehlt.

48

49 Land und Kommunen stehen daher vor einer Mammut-
50 aufgabe, vergleichbar mit einer Chirurgin, die einem Pa-
51 tienten unter hohem Zeitdruck zugleich eine neue Hüfte
52 einsetzen und das Kreuzband flicken soll, wobei ihr aber
53 das Werkzeug und unterstützendes Personal fehlen.

54

55 Viele dieser Probleme sind hausgemacht und lassen sich
56 zurückführen auf den ideologischen Drift der vergange-
57 nen fünf Jahrzehnte. „Schwarze Null“, „Privat vor Staat“,
58 „schlanker Staat“ und „der Markt regelt“ – hinter all die-
59 sen Begriffen stecken wirkmächtige Erzählungen, mit
60 denen das Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur
61 und des öffentlichen Personals erklärt und begründet
62 wurde. Dass wir in Nordrhein-Westfalen von der Sub-
63 stanz der Planungseuphorie der 1960er und 1970er Jah-
64 re leben, hängt eng mit diesen Dogmen zusammen. Sie
65 haben in das Bewusstsein in den Hintergrund gedrängt,
66 dass auch die Aussicht auf den Wohlstand von morgen
67 zur Verteilungs- und Generationengerechtigkeit gehört
68 – und dass dazu immerzu staatlich investiert werden
69 muss. Besonders bitter: Auch die deutsche Sozialdemo-
70 kratie ließ sich zeitweise von dem Versprechen verfüh-
71 ren, dass Daseinsfürsorge auch an privatwirtschaftliche
72 und gewinnorientierte Akteure delegiert werden kön-
73 ne, sie sogar als „Partner“ diejenigen Aufgaben erfüllen
74 könnten, die ansonsten aus den Haushalten der öffent-
75 lichen Institutionen bezahlt werden müssten.

76

77 Kein Wunder also, dass die deutschen Investitionen in
78 die eigene Infrastruktur über Jahrzehnte so stark san-
79 ken, dass deren Verfall für alle Bürgerinnen und Bür-
80 ger im Alltag spürbar ist. Für sie ist auch völlig unver-
81 ständlich, warum ausgerechnet in einer selbstbezeich-
82 neten Metropolregion Ruhr kaum Gemeinsames umge-
83 setzt wird, geschweige denn in einer annehmbaren Zeit-
84 spanne.

85

86 **Die CDU-geführten Landesregierungen der vergange-**
87 **nen Jahre sehen der Infrastrukturkrise tatenlos zu**

88

89 Der Ausbau der Breitbandverbindungen in NRW stockt.
90 Noch immer klagen in Studien gut ein Fünftel der be-
91 fragten Unternehmen über eine nur unzureichende Ver-
92 sorgung mit schnellem Internet. Landesstraßen und
93 Brücken sind teilweise so baufällig, dass ganze Regionen
94 über Jahre vom Fernstraßennetz abgetrennt werden.
95 Mogelpackungen bei der Altschuldenlösung schwächen
96 die Investitionsfähigkeit in den Kommunen so sehr, dass
97 auch hier ein Freischwimmen nur sehr schwer gelingen
98 kann. Der Städtetag NRW schätzt den Sanierungstau
99 bei allein kommunalen Straßen auf rund 10 Mrd. Eu-

100 ro, Tendenz steigend. Defizite in der Ausstattung von
101 Schulen wurde nicht zuletzt in der Corona-Krise sicht-
102 bar. Investitionsdefizite, ständige Betreiberwechsel un-
103 ter dem Mantra vermeintlicher Kosteneffizienz und pre-
104 käre Beschäftigung haben das S-Bahn und RE-Netz im
105 Land und insbesondere im Ruhrgebiet zu einer Dauer-
106 baustelle verkommen lassen.

107

108 Diese Defizite machen die Infrastrukturpolitik zu ei-
109 nem zentralen Thema im Land. Für die nordrhein-
110 westfälische SPD ist klar: Wir brauchen leistungsstarke
111 öffentliche Infrastrukturen, die die Lebensqualität der
112 Bürgerinnen und Bürger verbessern und die ökonomi-
113 sche Basis unseres Bundeslandes sichert und ausbaut.
114 Für uns ist dabei klar, wir müssen die Handlungsfähig-
115 keit der öffentlichen Hand – auf Landesebene und bei
116 den Kommunen stärken. Die privatwirtschaftliche Lo-
117 gik muss ebenso sehr durchbrochen werden, wie die
118 Planungs- Kleinstaaterei – denn diese Konkurrenz führt
119 schleichend zum Konkurs.

120

121 Es ist Zeit für den großen sozialdemokratischen Gegen-
122 entwurf. Für staatliches Handeln, das Kräfte und Kompe-
123 tenzen bündelt. Das in gemeinschaftlicher Anstrengung
124 Ziele definiert und erreicht, die nicht am Ortsausgangs-
125 schild enden. Für Gemeinwohl und ohne Gewinndruck.
126 Und für eine neue Planungseuphorie.

127

128 Das passende Instrument für viele der geschilderten
129 Probleme existiert bereits und wartet nur darauf, in
130 der Wahrnehmung „entstaubt“ und für die Umsetzung
131 aktiviert und zu werden: Das Genossenschaftsmo-
132 dell. Nicht nur im Wohnungsbau, bei BürgerInnen-
133 Energieparks und auch beim Jahrhundertprojekt der
134 Emscher-Renaturierung beweisen Genossenschaften
135 kontinuierlich, welche Zuverlässigkeit, Power und
136 Innovationskraft in ihnen steckt. Sie arbeiten dabei
137 wirtschaftlich, aber nicht gewinnorientiert. Ihre Aus-
138 richtung ist nicht kurzfristig, sondern zukunftsgerichtet;
139 Ihr Auftrag die Sicherung wichtiger gesellschaftlicher
140 Güter. Kurzum: Genossenschaften vereinen viele Ziele
141 und Eigenschaften in sich, die der Sozialdemokratie am
142 Herzen liegen.

143

144 Das Modell der Genossenschaften könnte in vielen Be-
145 reichen zum Einsatz kommen – in Form von Energiege-
146 nossenschaften, bei der Planung und Umsetzung von
147 „Smart City“- und „Smart Region“-Strategien, für ein Ge-
148 lingen der dringend nötigen Verkehrswende. Der genos-
149 senschaftliche Gedanke der Zusammenarbeit und der
150 gemeinsamen Zielerfüllung würde dabei insbesondere
151 dem Ruhrgebiet überaus gut tun – einer Metropolregi-
152 on, die manchmal gar keine sein will. Das Ruhrgebiet ist

153 schwierig zusammenzuführen, genau deshalb aber ein
154 idealer Ort für große Veränderungen: „If you can make
155 it there, you'll make it anywhere“.

156

157 Der neue Landesvorstand der nordrhein-westfälischen
158 SPD wird sich mit der Frage auseinandersetzen müssen,
159 welche alternative Politik die Sozialdemokratie im Ver-
160 gleich zur Koalition der Besserverdienenden benennen
161 will. Die Idee der Genossenschaften könnte zentral in
162 der Formulierung einer neuen Vision für NRW sein.